

Sechs Monate nach Assads Sturz: Wie steht es um ein neues Syrien?

Sechs Monate nach dem Sturz Assads: Syrien kämpft um Stabilität und internationale Anerkennung unter neuer Übergangsregierung.



Damaskus, Syrien - Sechs Monate nach dem Sturz von Bashar al-Assad hat sich Syrien in einer Phase des Umbruchs und der Unsicherheit befunden. Der 6. Juni 2025 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte des Landes, das unter 50 Jahren autoritärer Herrschaft der Assad-Familie gelitten hat. Die neue Übergangsregierung, angeführt von Interimspräsident Ahmed al-Sharaa, muss sich nun mit den Herausforderungen einer gespaltenen Gesellschaft auseinandersetzen.

Al-Sharaa, der zuvor die Islamistengruppe Hayat Tahrir al-Sham (HTS) angeführt hatte, erklärte, dass die neue Regierung ein „Syrien für alle“ anstrebe. Dies geschieht jedoch vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen verschiedenen

Konfessionen. Die Mehrheit der Syrer ist sunnitisch, und in den letzten Monaten gab es schwere Ausbrüche von konfessioneller Gewalt. Laut Berichten wurde die drusische Gemeinschaft wiederholt angegriffen, was zu Dutzenden Todesfällen führte. Im vergangenen März ereigneten sich Massaker an Alawiten im Küstengebiet, bei denen Hunderte getötet wurden, was die Besorgnis innerhalb der Minderheiten weiter verstärkt hat.

Internationale Bemühungen und diplomatische Kontakte

Internationale Diplomaten beobachten die Entwicklungen genau. Die Bundesregierung Deutschlands hat angekündigt, diplomatische Kanäle zur syrischen Übergangsregierung zu eröffnen. Am Dienstag begannen Gespräche mit Vertretern, wobei der Schutz von Minderheiten und der Übergangsprozess im Fokus stehen. Nach Angaben der deutschen Regierung werden diese Gespräche parteiübergreifend als wichtig erachtet. CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen betont die Notwendigkeit, vor Ort präsent zu sein. Ebenso fordert SPD-Politiker Ralf Stegner direkte Kontakte und eine diplomatische Vertretung in Damaskus.

Die diplomatischen Kontakte werden in enger Abstimmung mit den USA, Großbritannien, Frankreich und Arabischen Staaten koordiniert. Besonders wichtig für die neue Regierung ist die internationale Anerkennung und die Möglichkeit, Hilfe für den Wiederaufbau zu erhalten. Die Aufhebung der US-Sanktionen, die im Mai angekündigt wurde, könnte den Preisverfall und den Geldfluss für den Wiederaufbau erleichtern. Dies käme zu einem Zeitpunkt, wo rund 90 Prozent der syrischen Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen sind.

Rückkehr der Vertriebenen und Humanitäre Hilfe

Trotz der fragilen politischen Situation gibt es positive

Entwicklungen. Nach Angaben der UN sind etwa 400.000 Syrer aus Nachbarländern sowie über eine Million Binnenvertriebene in ihre Heimat zurückgekehrt. Diese Rückkehrer stehen jedoch vor immensen Herausforderungen, eingestellt von einer unsicheren Sicherheitslage und mangelnden Ressourcen.

Angesichts der humanitären Notlage hat die EU angekündigt, eine „Luftbrücke“ für Hilfsgüter nach Syrien einzurichten. Diese Initiative kommt in Anbetracht der kritischen Lage, in der die meisten ehemaligen Flüchtlinge und Binnenvertriebenen weiterhin auf dringend benötigte Unterstützung angewiesen sind. Der Kontext der humanitären Hilfe wird zusätzlich durch die Herausforderungen verstärkt, die die HTS und die Übergangsregierung darstellen, welche von verschiedenen Ländern als terroristische Organisation eingestuft wird.

In diesem durch Unsicherheit geprägten Umfeld bleibt abzuwarten, wie sich die politischen und humanitären Dynamiken in Syrien weiterentwickeln. Die Ereignisse der vergangenen Monate könnten sowohl Chancen als auch Risiken für das neue Syrien in sich bergen, was sowohl der syrischen Bevölkerung als auch den internationalen Partnern große Herausforderungen auferlegt.

Details	
Vorfall	Bürgerkrieg
Ort	Damaskus, Syrien
Quellen	• www.oe24.at • www.zdf.de • www.malteser-international.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at